



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Regierungserklärung des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 16. November 2022**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die aktuelle Weltlage ist von existenziellen Bedrohungen geprägt. In erster Linie natürlich für die Menschen in der Ukraine und anderswo, die unter Krieg und Terror leiden, die jeden Tag um ihr Leben und ihr Hab und Gut fürchten müssen.

Aber auch an uns in Deutschland geht die Entwicklung nicht spurlos vorbei. Ich erwähne nur

- die drohende Energieknappheit und die explodierenden Energiepreise,
- die anhaltend hohe Inflation auf Rekordniveau,
- die Umbrüche und Störungen in den globalen Liefer- und Produktionsketten,
- die stark wachsende Zahl geflüchteter Menschen
- sowie der sich immer weiter beschleunigende Klimawandel.

Jede dieser Entwicklungen für sich genommen würde unsere beiden Städte schon hart treffen, zusammengenommen verdichten sie sich zu einer tiefen sozialen, ökonomischen und ökologischen Krise. Die verschiedenen Dimensionen der Krise sind dabei eng miteinander verwoben und verstärken sich gegenseitig. Und deshalb können sie auch nicht isoliert bekämpft werden, es bedarf umfassender, gut aufeinander abgestimmter Lösungsansätze.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 16. November 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Die rot-grün-rote Koalition ist vor gut drei Jahren angetreten, um soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stärke, ökologische Nachhaltigkeit und Weltoffenheit miteinander in Einklang zu bringen. Und daran halten wir auch in diesen schwierigen Zeiten fest. Wir sind davon überzeugt: Energieeinsparung und erneuerbare Energien, Innovationen und moderne Technologien, Transformation der Wirtschaft und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, das alles nützt der Umwelt, den Unternehmen und dem sozialen Zusammenhalt gleichermaßen. Und deshalb sage ich ganz deutlich: Wir dürfen und wir werden es nicht zulassen, dass Menschen, Klima und Wirtschaft gegeneinander ausgespielt werden!

Meine Damen und Herren,

der Bund und die Länder haben sich vor zwei Wochen auf umfangreiche Maßnahmen gegen die Energiekrise verständigt, von denen ich hier nur die wesentlichen kurz nennen möchte:

- Die Abschlagszahlung für Gas und Fernwärme übernimmt im Dezember der Bund, die Strompreisbremse kommt zum 1. Januar, die Gaspreisbremse für die Industrie ebenfalls und die Gaspreisbremse für private Haushalte und kleine und mittlere Unternehmen ganz sicher zum 1. März, vielleicht aber – die Bundesregierung hat fest versprochen, das noch einmal zu prüfen – auch schon rückwirkend zum 1. Februar oder sogar zum 1. Januar. Sie kennen die Haltung des Senats dazu: Wir haben uns von Beginn an für den 1. Januar stark gemacht, um ein Winterloch bei der Unterstützung der Menschen zu vermeiden.
- Es wird zu Beginn des nächsten Jahres ein bundesweit gültiges 49-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr eingeführt, was die Haushaltsskasse vieler Pendler spürbar entlasten und vielen auch den klimafreundlichen Umstieg auf Bus und Bahn erleichtern wird.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 16. November 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

- Es gibt Wohngeld für zwei Millionen zusätzliche Haushalte mit geringem Einkommen und einen erneuten Heizkostenzuschuss für alle, die jetzt schon Wohngeld erhalten.
- Für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen ist ein 8 Milliarden Euro Sonderprogramm vorgesehen, weil ihre Möglichkeiten, kurzfristig Energie einzusparen, sehr begrenzt sind.
- Kultureinrichtungen werden mit einer Milliarde Euro unterstützt.
- Und es wird unterschiedliche Härtefallregelungen geben, unter anderem
 - für Mieter und Eigentümer, die trotz der Strom- und Gaspreisbremse und trotz Wohngeld die Energiekosten nicht stemmen können, darunter auch Haushalte, die mit Öl oder Pellets heizen,
 - sowie für kleine und mittlere Unternehmen.
- Hinzu kommen Steuer-Entlastungen sowie eine Erhöhung des Kindergeldes, von denen richtigerweise auch Bezieherinnen und Bezieher mittlerer Einkommen profitieren, denn auch sie leiden unter der Inflation und den Energiepreisen. Völlig unnötig jedoch ist die Entlastung auch sehr hoher Einkommen. Sie kennen meine Haltung dazu: Wer so viel verdient wie ein Bürgermeister, eine Senatorin oder ein Fraktionsvorsitzender oder sogar noch viel mehr, der ist durchaus in der Lage, für die gestiegenen Energiekosten selbst aufzukommen.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 16. November 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

➤ Zumindest vorerst am Widerstand von CDU/CSU im Bundesrat gescheitert ist leider die Einführung des neuen Bürgergeldes. Ich habe allerdings die Hoffnung nicht aufgegeben, dass es im Vermittlungsausschuss doch noch gelingt, rechtzeitig zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Es dürfen keine parteitaktischen Spielchen auf dem Rücken der verletzlichsten Mitglieder unserer Gesellschaft ausgetragen werden.

Meine Damen und Herren,

Bund und Länder übernehmen damit gemeinsam Verantwortung und nehmen sehr viel Geld in die Hand, um unser Land gut durch die Energiekrise zu bringen. Dennoch ist absehbar: Es wird auch Fälle geben, bei denen die Entlastungspakete und der Doppel-Wumms des Bundes alleine noch nicht ausreichen. Es wird Lücken geben, die wir schließen müssen. Ich denke da zum Beispiel an die Sportvereine und die vielen sozialen Initiativen in unserem Land. Um sie zu unterstützen werden wir in Bremen zusätzliches Geld in die Hand nehmen müssen. Wir werden unter Umständen auch die vom Bund aufgelegten Härtefallfonds für Privathaushalte und Unternehmen ergänzen müssen. Denn ich kann das Versprechen, das der Senat zu Beginn der Krise gegeben hat, hier nur wiederholen: Wir werden ganz sicher nicht alle negativen Auswirkungen ausgleichen können, die die Energiekrise mit sich bringt. Aber wir werden in diesen schwierigen Zeiten auch niemanden alleine lassen.

500 Millionen Euro des Krisenfonds sind deshalb für die Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges vorgesehen. Zum Beispiel für den erwähnten Schutzzschirm für Verbände, Vereine und Initiativen, aber auch als Ausgleich für steigende Energiekosten und Sozialausgaben und wegbrechende Steuereinnahmen. Allein das Inflationsausgleichsgesetz des Bundes wird Bremen ja einen dreistelligen Millionenbetrag pro Jahr kosten.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 16. November 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Wir werden aber auch über den Tag hinausdenken müssen. Wir müssen alles daran setzen, den sozialen Zusammenhalt in unseren beiden Städten nachhaltig zu stärken und Arbeitsplätze nicht nur zu erhalten, sondern unsere Wirtschaft so zu unterstützen, dass sie sogar gestärkt aus dem aktuellen Transformationsprozess hervorgeht. Ich möchte jede und jeden bitten, die Aufgaben, die vor uns liegen nicht zu unterschätzen. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und unserer beiden Städte hängt davon ab, wie wir aus den aktuellen Krisen herauskommen. Für uns, davon bin ich fest überzeugt, geht es in den kommenden Jahren ums Ganze.

Mit einem zentralen Punkt dieser Zukunftsfähigkeit hat sich die Enquete-Kommission hier im Hause befasst, nämlich mit der Frage: Wie kann das Land Bremen seine Emissionen in den kommenden Jahren reduzieren, um dem Pariser Klimaschutzabkommen gerecht zu werden? Wie kann Bremen seinen CO2-Ausstoss reduzieren und auch: welche Investitionen sind dafür erforderlich. Die Kommission hat im Mai 2020 mit ihrer Arbeit begonnen, am 23. Februar dieses Jahres hat das Parlament den Abschlussbericht zur Kenntnis genommen.

Die von der Enquete-Kommission vorgeschlagenen Investitionen belaufen sich auf 8 Milliarden Euro, also auf etwa so viel wie der Haushalt unseres Landes und seiner beiden Städte in einem einzigen Jahr. Manche sagen deshalb, den Senat habe angesichts des 3-Milliarden-Euro-Paketes der Mut verlassen. Aber das stimmt nicht. Der Krisenfonds ist ein kraftvoller Beitrag zur Überwindung der außergewöhnlichen Notsituation, in der wir uns befinden. Der Fonds hat eine Dimension, die einerseits mutig ist, die aber andererseits Maß und Mitte wahrt und uns finanziell nicht überfordert.

Und dann gibt es die, die sagen, sie finden das alles grundsätzlich falsch, denn wir würden von Bremen aus ganz sicher nicht das Weltklima retten. Ja, da haben sie durchaus Recht. Vom bremischen CO2-Ausstoß alleine hängt es nicht ab, ob der Meeresspiegel weiter steigt und wir unsere Städte in Norddeutschland nicht mehr vor den Sturmfluten schützen können, ob die Trockenheit in den Sommermonaten die Ernährung der Weltbevölkerung gefährdet und ob wir uns an Überschwemmungen wie an der Ahr in Zukunft werden gewöhnen müssen. Aber, meine Damen und Herren, das gehört eben auch zur Wahrheit dazu: Wenn jeder so denken würde, dass es auf ihn persönlich nicht ankommt, dass er nichts verändern muss und so weitermachen kann wie bisher, dann würden wir das Klima ganz sicher mit Schmackes an die Wand fahren! Wir müssen deshalb auch hier zu unserer Verantwortung stehen.

Wer Bremen zukunftsorientiert aufstellen will, muss den Klimaschutz deshalb mitdenken. Aber das alleine wird nicht reichen. „Zukunftsorientiert“ heißt mehr als nur den CO2-Ausstoß zu senken, weshalb der Krisenfonds auch viele Maßnahmen enthält, mit denen wir nicht nur das Klima schützen sondern zugleich den existentiell notwendigen Strukturwandel unserer Wirtschaft vorantreiben. Klimaschutz und Wirtschaftsförderung sind, wenn man klug vorgeht, in den meisten Fällen keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille.

Lassen Sie mich exemplarisch zwei Beispiele anführen: Die Gebäudesanierung und die Stahlwerke.

➤ Die energetische Sanierung unserer Gebäude, für die wir eine Milliarde Euro aufwenden wollen, kommt ohne jeden Zweifel dem Klima zugute, denn sanierte Gebäude brauchen weniger Energie und verursachen damit weniger CO2-Emissionen. Sanierte Gebäude machen sich aber gerade in Zeiten hoher Energiepreise auch ganz schnell positiv in der Kasse bemerkbar. Zugespitzt formuliert: Die Gebäudesanierung finanziert sich mittelfristig praktisch selber.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 16. November 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

➤ Zweites Beispiel: Die Stahlwerke, die ihre Produktion in einigen Jahren nicht mehr mit Gas, sondern mit grünem Wasserstoff betreiben wollen. Das ist gut für die Umwelt, aber das ist auch gut für das Unternehmen und seine 3.000 Arbeitsplätze. Denn das derzeitige Herstellungsverfahren hat auf dem Markt schlicht keine Zukunft mehr. Schon heute kaufen deutsche Automobilhersteller, um ihre produktionsbezogenen Klimaziele zu erreichen, klima-neutralen Stahl in Skandinavien ein. Es ist absehbar, dass das in ein paar Jahren zum Regelfall wird und andere Stahlbleche sich schlicht nicht mehr verkaufen lassen.

Meine Damen und Herren,

wer mit dem Senat der Meinung ist,

➤ dass Bremen mehr in den Klimaschutz investieren muss,
➤ dass wir die WärmeverSORGUNG in unseren Städten neu aufstellen müssen,
➤ dass wir mehr Straßenbahnlinien, mehr Elektrobusse und eine flächendeckende öffentliche Ladeinfrastruktur für Elektro-Fahrzeuge brauchen,
➤ dass wir den Gebäudebestand energetisch sanieren müssen und
➤ dass wir die Stahlwerke und andere Unternehmen auf dem Weg zur klimaneutralen Produktion unterstützen müssen,

der weiß auch, dass diese Ziele mit dem regulären Haushalt alleine nie und nimmer in vertretbarer Zeit zu erreichen sind.

Wer diese Ziele allerdings überhaupt nicht teilt und sie falsch findet, der kann dann auch mit Fug und Recht sagen, dass wir den Krisenfonds nicht brauchen. Das ist nicht meine Meinung, um das ganz klar zu sagen. Aber: Diese Haltung könnte zumindest eine gewisse Logik und Stringenz für sich in Anspruch nehmen.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 16. November 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Wer aber die genannten Ziele teilt und sie inhaltlich richtig findet, der muss sich dann auch dazu bekennen, dass wir dafür zusätzliches Geld in die Hand nehmen müssen – Geld, das in den regulären Haushalten schlicht nicht vorhanden ist. Wer das in Abrede stellt, der handelt nicht redlich. Dem ist die Schlagzeile in der Zeitung von morgen wichtiger als seriöse Politik für die Zukunft unseres Landes!

Auch mir, auch uns wäre es natürlich lieber wenn wir die vielfältigen Herausforderungen ohne neue Schulden bewältigen könnten. Schulden um der Schulden willen – das ist nicht mein Ziel. Deshalb werden wir Fördermittel des Bundes und der EU maximal nutzen, wo immer es möglich ist. Und deshalb werden wir in den nächsten Jahren immer wieder überprüfen, ob wir uns einzelne Maßnahmen tatsächlich finanziell leisten können. Aber eines ist auch klar: Nichts zu tun wäre in jedem Fall die schlechteste Alternative. Wir müssen unsere ökonomischen Kerne – Stahl, Flugzeug, Auto, Häfen und andere - schützen und ihnen einen guten Weg in die Zukunft ebnen. Ich bin fest davon überzeugt: Die 3 Milliarden Euro für Bremen sind ein echter Modernisierungs-Booster. Bremen wird damit zum Vorreiter sowohl des Klimaschutzes als auch einer nachhaltigen Industrie!

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem drei Milliarden Euro schweren Krisenfonds beweist der Senat, beweist die Koalition, die Handlungsfähigkeit, die in Krisenzeiten erforderlich ist. Wir stehen damit nicht allein, sondern bewegen uns im Geleitzug mit anderen Bundesländern, die sich ebenfalls auf die in der Schuldenbremse vorgesehene „außergewöhnliche Notsituation“ berufen. Das Saarland plant Kredite in Höhe von 3 Milliarden Euro aufzunehmen, Nordrhein-Westfalen stellt 14 Milliarden zur Verfügung und greift dabei zumindest zum Teil auf Kredite zurück. Und auch der Bund nimmt

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 16. November 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

insgesamt 360 Milliarden Euro kreditfinanziert in die Hand - 200 Milliarden zur Bewältigung der Energiekrise, 100 Milliarden für die Stärkung der Bundeswehr, 60 Milliarden für den Klimaschutz. Der Krisenfonds ist also mitnichten, wie mancher suggeriert, eine Bremensie.

Nun ist nichts auf dieser Welt vollkommen, das gilt natürlich auch für den Krisenfonds. Deshalb lade ich Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, ausdrücklich dazu ein, mit uns hier im Parlament über den besten Weg aus der Krise zu streiten und konstruktive Vorschläge zur Sache zu machen. Ich sage Ihnen zu, dass wir jeden Vorschlag ernsthaft prüfen werden - gerne auch noch einmal die Idee der CDU den Klimaschutz über eine Anleihe der Bremer Aufbaubank zu finanzieren. Ich kann zwar derzeit nicht erkennen, wie das zur Haushaltsentlastung beitragen sollte, denn auch Anleihen müssen ja verzinst und am Ende zurückgezahlt werden. Aber vielleicht ergeben sich hier ja noch neue Gesichtspunkte.

Am Ende geht es nur um die eine, alles entscheidende Frage: Was ist das Beste für Bremen? Der Senat hat seinen Plan hierzu dargelegt, jetzt freue ich mich auf die Debatte.

Herzlichen Dank!